

Bützower Zeitung - Montag, 29.10.2012

Durch Niedriglohn zu Altersarmut

Altersarmutskonferenz in Bützow fordert armutsichere Grundrente, existenzsichernde Mindestlöhne und Abschaffung der Rente mit 67 Bützow

250 Haushalte in den Ämtern Bützow und Schwaan leben mit Unterstützung der Bützower Tafel. Regelmäßig holen sich die Familien oder Alleinstehende dort an den Ausgabebtagen Lebensmittel ab, ohne die sie nicht oder nur schwer über die Runden kommen würden. „Es werden wieder mehr Leute, die zu uns kommen“, sagt Harry Eichstädt, Vorsitzender des Vereins Bützower Tafel, der zusammen mit 13 anderen ehrenamtlichen Helfern die Lebensmittelspenden aus Supermärkten der Region zusammenholt und an die Bedürftigen ausgibt.

Um das Leben in Armut und speziell in Altersarmut und was sich dagegen tun ließe drehte es sich am Sonnabend auf der Landesarmutskonferenz des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Bützower Rathaus. Unter den Teilnehmern auch die Bützower Stadtvertreter Joachim Fiedler (SPD), Manfred Urban (Linke) und Manfred Salow (Linke) sowie Wolfgang Wehrmann (Einzelbewerber). „Eine der Hauptursachen für die Altersarmut ist der Niedriglohnsektor. In Mecklenburg-Vorpommern betrifft dies 44,9 Prozent der Menschen“, sagt Irina Rimkus, Sprecherin der Landesarmutskonferenz.

Um dieses Thema drehte es sich deshalb maßgeblich in der Diskussion und zuvor in den Konzepten, die die Bundestagsabgeordneten aus M-V Dr. Martina Bunge (Die Linke), Dr. Harald Terpe (Grüne) und Hans-Joachim Hacker (SPD) zur Verhinderung der Altersarmut vorstellten.

Rund 4,1 Millionen ArbeitnehmerInnen in Deutschland erhalten weniger als 7 Euro die Stunde und 1,4 Millionen ArbeitnehmerInnen weniger als 5 Euro die Stunde, so die von der Landesarmutskonferenz genannten Fakten. Es sei aber nach heutigem Stand ein Stundenlohn von 10,74 Euro nötig, um Grundsicherung und Altersarmut zu vermeiden, wurde eingeschätzt. Doch sei es der Politik noch immer nicht gelungen, diesen Mindestlohn festzuschreiben.

Alarmierend sei, dass im Jahre 2030 damit zu rechnen sei, „dass etwa die Hälfte der Senioren eine Rente beziehen wird, die kaum höher als die Grundsicherung sein wird“, so Irina Rimkus. Die politische Herausforderung sei deshalb, Altersarmut zu verhindern und eine auskömmliche Rente zu sichern, betonte sie. Gemäß dem Motto „Die Würde des Menschen ist unantastbar – auch im Alter“ fordert die Landesarmutskonferenz MV u. a. die Einführung einer steuerfinanzierten, armutsicheren Grundrente, auf die keine Privatvorsorge angerechnet wird, die Einführung eines existenzsichernden Mindestlohns, damit die

Beschäftigten einen ausreichenden Rentenanspruch aufbauen können, die Schaffung von mehr altersgerechten Arbeitsplätzen, um die Erreichung des Rentenalters zu ermöglichen, die Angleichung des Rentenwertes Ost an West und die Abschaffung der Rente mit 67. In die Formel zur Errechnung der Rente gehöre die Produktivitätsentwicklung mit hinein, denn diese steige kontinuierlich, forderte Timo Osmanski aus Güstrow. Auf den traurigen Umstand, dass „38 Prozent der Kinder in der Grundschule in Bützow hungrig zur Schule kommen“ verwies der Bützower Wolfgang Wehrmann. Viele Rentner in der Stadt müssten mit 500 und 600 Euro im Monat auskommen, sagt er. Die geplante Erhöhung der Renten um 1,3 Prozent sei ein Tropfen auf den heißen Stein, meinte Wehrmann. Sie falle kaum ins Gewicht. Dass es in Wirklichkeit eine viel höhere Arbeitslosigkeit gebe als in der Statistik ausgewiesen, meinte Birgit Thies aus dem Schweriner Raum. „Arbeit zu Hungerlöhnen ist in meinen Augen keine Arbeit, sondern Körperverletzung“, sagt sie.

„Jeder fünfte in Mecklenburg-Vorpommern lebt in Armut, das ist für uns nicht hinnehmbar“, so Irina Rimkus.

Evelyn Bubber-Menzel